

THOMAS WIDERA

DDR-Bausoldaten zwischen Verweigerung und Protest¹

Der Beitrag behandelt die Geschichte der Bausoldaten in der DDR von 1964 bis 1989. In diesem Zeitraum entwickelten die Verweigerer des bewaffneten Wehrdienstes spezifische Formen des Protestes gegen ihre Eingliederung in die Nationale Volksarmee (NVA). Im Zentrum stehen die politischen Rahmenbedingungen und die Politisierung der Konflikte, die Aktivitäten der Bausoldaten, ihre Rolle und ihre Bedeutung für die unabhängige Friedensbewegung. – Thomas Widera, 1993–1999 Studium Neuere/Neueste Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte und Soziologie an der TU Dresden, 2004 Promotion. Publikationen: Die DDR-Bausoldaten. Politischer Protest gegen die SED-Diktatur, Erfurt 2014; Dresden 1945–1948. Politik und Gesellschaft unter sowjetischer Besatzungsherrschaft, Göttingen 2004.

1. Einführung

Realen politischen Widerstand, Opposition und selbst Protest gegen den kommunistischen Machtanspruch in der DDR bekämpfte die Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) mit massiver Gewalt. Das bis 1961 praktizierte Grenzregime eröffnete allen verfolgten Personen Fluchtmöglichkeiten. Der Mauerbau war die entscheidende Zäsur, danach konnte keiner den Konsequenzen von Repression und Terror entgehen.² Erst nach Abriegelung der Grenzen erfolgte 1962 die Einführung der Wehrpflicht. Zum bewaffneten Grundwehrdienst gab es zunächst keine Alternative. Junge Menschen, die sich der systematisch organisierten Wehrerziehung und der aktiven Landesverteidigung entzogen, waren für die SED-Führung nicht hinnehmbar. Sie duldet nichts, was ihrem Machtanspruch zuwiderlief. Einen zivilen Ersatzdienst lehnte sie ab, die Anordnung über die „Aufstellung von Baueinheiten“ erließ sie erst 1964.

Die Verweigerung des bewaffneten Wehrdienstes als Bausoldat war ein DDR-spezifisches Phänomen. Bausoldaten absolvierten einen unbewaffneten Wehrdienst mit der einzigen Einschränkung, dass sie keine Waffe trugen – eine Haltung, die Tapferkeit und Zivilcourage erforderte wegen der

¹ Der auf dem Thementag „Pazifisten, Querdenker, Christen. Die Bausoldaten in der ehemaligen DDR“ der Katholischen Akademie des Bistums Dresden-Meissen im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig am 19. März 2019 vorgetragene Text basiert auf meiner Publikation: Die DDR-Bausoldaten. Politischer Protest gegen die SED-Diktatur, Erfurt 2014. Hier sind weitere Quellen- und Literaturhinweise zu finden.

² Vgl. Marc-Dietrich Ohse, Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974), Berlin 2003.

damit verbundenen Diskriminierung bei der schulischen und akademischen Ausbildung. Die SED-Führung ließ die Baueinheiten nicht als Wehrersatzdienst konzipieren, sondern als integralen Teil der Nationalen Volksarmee (NVA). Die Wehrpflicht war unabdingbarer Bestandteil ihrer Friedensideologie. Doch die Integration der Bausoldaten in die NVA scheiterte. Es gelang nicht, den Widerspruch von Pazifisten zu entkräften und die Gegensätze zu überwinden – jede Entscheidung für die Baueinheiten wurde als Abweichung von der politischen Norm eingestuft.

Bausoldaten argumentierten überwiegend mit dem biblischen Tötungsverbot, ihrem Entschluss lag eine prinzipielle Kriegsgegnerschaft zugrunde. Er setzte politische Reflexivität voraus. Viele der religiös motivierten Bausoldaten verweigerten militärische Elemente der Ausbildung und machten durch bewusst langsames Arbeiten deutlich, dass sie gezwungenermaßen an militärischen Objekten arbeiteten. Ihr Handeln betrachteten sie als Ausdruck ihres Glaubens, nicht als politische Artikulation. Mitunter akzeptierten sie die politischen Ursachen des Konflikts nicht, durchschauten aber den Zwang bei der Integration in die militärischen Strukturen der NVA durch die Arbeit an der militärischen Infrastruktur. Einige christliche Bausoldaten verweigerten Arbeitsbefehle mit der Folge einer Anklage vor dem Militärgericht und der Verurteilung zu Haftstrafen.

Wiederholt nahmen Bausoldaten die Herausforderung zu politischem Handeln nicht an. Die Antworten einer Befragung ehemaliger Bausoldaten 2004 verdeutlichen die religiöse und politische Gemengelage. Ein Pfarrer, der in der seelsorgerlichen Beratung Jugendliche ermutigte, gleichfalls Bausoldat zu werden, betrachtete seine Aktivitäten in der kirchlichen Friedensarbeit nicht als politisches Engagement. Im Gegensatz zu ihm führte die Konfrontation andere zu bewusstem politischem Handeln, das sie als Folge ihrer pazifistischen und nicht-oppositionellen Haltung gegenüber der SED und ihrer Politik verstanden.

Mehrheitlich war den Bausoldaten die Ambivalenz ihres Handelns bewusst, wie ein evangelischer Jugendwart zu verstehen gab:

„Nach wie vor vertrete ich den Standpunkt, dass der Kompromiss ‚Bausoldat‘ das eindeutigere Friedenszeugnis war und ist. Es ist aber ein Kompromiss, denn die eindeutige Gewaltverneinung und Ablehnung wäre die Totalverweigerung gewesen. Dazu fehlte mir damals der Mut.“

Ein ebenfalls zu den Baueinheiten gemusterter Schriftsetzer und Stempelmacher sagte:

„Auch ich hätte den Wehrdienst total verweigert, wenn ich nicht bereits Familie [und] Kinder gehabt hätte. Ich habe viele Jahre gebraucht, um mit diesem erbärmlichen Kompromiss leben zu können.“